

## ZBB 2000, 187

**AO §§ 30, 370; EGV Art. 73b; StPO §§ 102, 103**

**Zur Rechtmäßigkeit eines Durchsuchungsbeschlusses wegen Vermögenstransfers ins Ausland**

LG Detmold, Beschl. v. 11.08.1999 – 4 Qs 78/99 (rechtskräftig), WM 2000, 769

**Leitsatz:**

**Der für einen Durchsuchungsbeschuß hinsichtlich einer Steuerverkürzung notwendige Anfangsverdacht folgt daraus, daß in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung der sogenannten Zinsabschlagsteuer Vermögenstransfers in außergewöhnlichem Umfang von Kunden der von der Durchsuchung betroffenen Bank getätigten worden sind. Ein solcher Anfangsverdacht liegt nicht nur bezüglich des anonymen Erwerbs von Tafelpapieren, sondern auch bezüglich des Geldtransfers in nicht anonymisierter Form vor.**